



HAL
open science

Anhaltend niedrige Geburtenraten und ihre Folgen

Gérard-François Dumont

► **To cite this version:**

Gérard-François Dumont. Anhaltend niedrige Geburtenraten und ihre Folgen. Christian Leipert Demographie und Wohlstand, Leske + Budrich, pp.143-152, 2003, 3-8100-3738-9. 10.13140/RG.2.1.1483.9840 . halshs-01441460

HAL Id: halshs-01441460

<https://shs.hal.science/halshs-01441460>

Submitted on 19 Jan 2017

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Anhaltend niedrige Geburtenraten und ihre Folgen

Gérard-François Dumont

Die niedrige Geburtenziffer in Europa führt in dem Maße, wie die Fertilitätsraten unterhalb bzw. weit unterhalb der Schwelle des Generationenersatzes liegen, zu einem – wie ich es nenne – „demographischen Winter“. Mit diesem Überblick sollen die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen der niedrigen Geburtenraten in Europa näher beleuchtet werden.

Wirtschaftliche Folgen

Eine niedrige Geburtenrate wirkt sich auf Konsumtion, Investition und – im allgemeineren Sinne – auf die gesamte Wirtschaftsdynamik aus.

Verbrauchsmuster und geringer Investitionsanreiz

Der niedrige Anteil junger Menschen beeinflusst Verbrauchsmuster sowie Sparverhalten. Die Gesamtnachfrage zielt stärker auf Konsumtion als auf Investition. Eine junge Bevölkerung äußert in der Tat einen starken Investitionsbedarf (schulische Einrichtungen, Hochschulen, Grundstücke, Wohnausstattung usw.), wohingegen die ältere Bevölkerung ihren Bedarf weitestgehend schon gedeckt hat. Der mit dem Alter einhergehende höhere Ausstattungsgrad der Haushalte schränkt bei der älteren Generation den Konsumbedarf im Rentenalter ein. Zudem führt ein erhöhtes Pflegerisiko dazu, dass eine vorsorgliche Spartätigkeit bis zum Erreichen des fortgeschrittenen Alters beibehalten wird¹. Die Unternehmen sehen sich Märkten mit geringer Wachstumsrate oder mit Schrumpfungstendenzen gegenüber, zumal die niedrige Geburtenrate den relativen Einfluß der jungen Bevölkerung und damit auch den jugendbezogenen Investitionsbedarf mindert.

Entwicklung der erwerbstätigen Bevölkerung

Das Wachstum der erwerbstätigen Bevölkerung verlangsamt sich und birgt bei gleichbleibender Erwerbsquote² von Männern und Frauen und unveränderten Mi-

1 Vgl.: Dumont, Gérard-François: *Démographie*. Paris: Dunod, 1992
Lecaillon, Jean-Didier: *Démographie économique*. Paris: Éditions Litec, 1992

2 Altersspezifische Erwerbsquote von Männern und Frauen

grationsströmen die Gefahr einer gegenläufigen Entwicklung in sich, da die Anzahl der Jugendlichen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, geringer ist als die der älteren Erwerbstätigen, die in Rente gehen. In einer Wirtschaft ergibt sich das Gesamtangebot aus der Entwicklung der Erwerbsbevölkerung und der Höhe der Produktivitätssteigerungen. Die erste Triebkraft zur Steigerung des Gesamtangebots würde somit nach und nach durch den zahlenmäßigen Schwund der Erwerbsbevölkerung, durch eine Art von Ausbluten, zunichte gemacht. Die zweite Steigerungsquelle ist abhängig vom physischen Kapital (Maschinen, Produktionsgebäude und öffentliche Infrastruktureinrichtungen) sowie der Qualität des Humankapitals (Ausbildung und vor allem Weiterbildung der Erwerbstätigen, wie z.B. der Lehrer, Forscher, von Führungskräften, Angestellten, Arbeitern usw.).

Die Gefahr alternder Gesellschaften besteht darin, dass deren Fähigkeit zur Innovation abgeschwächt wird.

Alter der erwerbstätigen Bevölkerung

Eine weitere aus der niedrigen Geburtenrate resultierende Folge betrifft die Entwicklung des Altersaufbaus der erwerbstätigen Bevölkerung. Es gibt weniger junge als ältere Erwerbstätige. Es stellt sich hier die Frage nach der Effizienz der Aus- und Weiterbildung im Bereich neuer Technologien und der Umschulung. Bei einer jungen Erwerbsbevölkerung geht man davon aus, dass sich die Kosten der beruflichen Ausbildung im Bereich neuer Technologien durch eine erhöhte Produktivität innerhalb eines ziemlich langen Zeitraumes amortisieren. Eine Entscheidung zugunsten der Finanzierung von Weiterbildung älterer Erwerbstätiger ist jedoch mit mehr Unsicherheiten verbunden, da es sich hierbei zwangsläufig um eine Investition handelt, für deren Amortisierung die zur Verfügung stehende Anzahl von Jahren nicht ausreicht.

Insgesamt sind noch nie dauerhafte wirtschaftliche Fortschritte in einer älter werdenden Bevölkerung beobachtet worden, zumal sich zusätzlich zu den wirtschaftlichen Auswirkungen auch problematische soziale Folgen ergeben.

Soziale Folgen

Im folgenden interessieren sowohl jene Fragen, die mit den sozialen Sicherungssystemen und der Solidargemeinschaft zwischen den Generationen im Zusammenhang stehen, als auch jene, die Fragen der Bildung und des sozialen Friedens betreffen.

Krankenversicherung

Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung für die Krankenversicherungen sind unstrittig, da die Kosten für Krankheit und Vorsorge weitestgehend altersabhängig sind.

Rentenfrage

Das zentrale Problem besteht darin, wie die Renten in den kommenden Jahrzehnten finanziert werden können. Die geringe Geburtenrate führt zu einer zahlenmäßigen Schrumpfung der erwerbstätigen Bevölkerung und gleichzeitig zu einer zunehmenden Anzahl an Rentnern. Dies hat zur Folge, dass der Anteil älterer Menschen im Vergleich zu den Erwerbstätigen zunimmt sowie die Pflegebedürftigkeit alter Menschen in Relation zu den Personen im erwerbsfähigen Alter ansteigt.

Unabhängig von der Ausgestaltung der Rentensysteme (Kapitalbildung und/oder Umlageprinzip) erfolgt die Finanzierung der Renten immer durch die Arbeit der erwerbstätigen Bevölkerung (entweder durch monetäre Einkommen oder durch Sozialabgaben), also durch Einbehaltung eines Teils des Bruttoinlandprodukts. Bei Überalterung der Bevölkerung muss stets ein höherer Anteil der durch die Erwerbstätigen geschaffenen Einkünfte einbehalten werden, wenn eine Verarmung der Rentner ausgeschlossen werden soll. Verschiedene Lösungen sind hierbei möglich: Steigerung der erwerbstätigen Bevölkerung durch Erhöhung der altersspezifischen Erwerbsquoten sowie vor allem früherer Eintritt in das Erwerbsleben oder Erhöhung des Renteneintrittsalters. Ein zweiter Lösungsweg besteht in der Anhebung der von den Erwerbstätigen gezahlten Abgaben und Beiträge, bzw. der Absenkung der relativen Rentenrendite, einer Praxis, die von einigen Rentenkassen für Angestellte seit den 90er Jahren schon praktiziert wird.

Trotzdem bleiben die möglichen Lösungsvarianten in ihrer Durchsetzbarkeit in jedem Fall heikel³. Eine Entlastung durch Einschnitte bei der Höhe der Renten zu suchen, hieße, eine ständig zunehmende Anzahl von Wählern dieses Alters vor den Kopf zu stoßen. Eine Erhöhung der Beiträge und Abgaben der Erwerbstätigen zur Finanzierung der Renten würde dagegen zu einer Verringerung der Kaufkraft der Erwerbsbevölkerung und deren Fähigkeit, in das Humankapital der Zukunft zu investieren (Aufziehen der nächsten Generation), führen. Darüber hinaus würde sie die Finanzierungsmöglichkeiten von Investitionen in den Unternehmen einschränken.

Sozialer Frieden

Das Alterswachstum erfordert viel Personal zur Gewährleistung der für die alten Menschen zu erbringenden notwendigen Leistungen. So wie schon in einigen Ländern Europas oder in den Vereinigten Staaten wird es im Interesse der Bedürfnisbefriedigung alter und insbesondere erwerbsunfähiger Menschen unabdingbar, hier auf zugewanderte Bevölkerungsgruppen⁴ zurückzugreifen. Das setzt aber eine entsprechende Integrationspolitik voraus und ist um so bedenklicher, wenn

³ Vgl.: Bichot, Jacques: *Retraites en péril*. Paris: Presses de Sciences Po, 1999
Dumont, Gérard-François: *Lumières et ombres du Rapport Charpin*. In: *Population et avenir*, Nr. 642, März/April 1999

⁴ Dumont, Gérard-François: *Les migrations internationales*. Paris: Editions SEDES, 1995

die Erwerbstätigkeit dieser Menschen auf den Dienstleistungssektor mit dessen begrenzten beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten beschränkt bleibt.

Schrumpfen des Familiennetzes

Niedrige Geburtenraten bedeuten auch weniger Geschwister, Onkel und Tanten, weniger Cousins und Cousinen, also ein eingeschränkteres Familiennetz. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit engerer Freundschaftsbeziehungen. Das Schrumpfen des Familiennetzes kann Folgen haben für die Fähigkeit, sich ins gesellschaftliche Leben zu integrieren, Unterschiede zwischen den Menschen zu verstehen und im Team erfolgreich zu arbeiten.

Insgesamt gesehen sind die sich aus der niedrigen Geburtenrate ergebenden sozialen Konsequenzen komplex. Zusätzlich sind aber auch politische Folgen zu beachten.

Politische Konsequenzen

Die fortdauernd niedrige Geburtenrate hat vielfältige politische Konsequenzen. Es verändert die Beziehungen zwischen den Generationen innerhalb der jeweiligen Bevölkerung sowie ihrer Wählerschaft. Gleichfalls ändern sich dadurch die demographischen Eckdaten dieser Bevölkerung und regionale Disparitäten können sich verstärkt ausprägen. Außerdem stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Vermittlung politischer Werte.

Veränderte Wählerschaft

Betrachten wir zunächst den rein quantitativen Aspekt einer dauerhaft niedrigen Geburtenrate. Bei einer Bevölkerung mit sinkender Geburtenziffer schrumpft die Basis der Alterspyramide und die zahlenmäßigen Verhältnisse zwischen den Altersgruppen verändern sich. Mit der Zeit verringert sich der Anteil der Jugendlichen, später der der jungen Erwachsenen, während der Anteil der alten Menschen steigt. Ebenso entwickeln sich zwangsläufig die politischen Anforderungen. Diejenigen Bürger, die ihre Bedürfnisse massiv zum Ausdruck bringen, werden relativ mehr Einfluß haben. Hingegen werden Ansprüche an eine Politik für Kinder und Jugendliche von einem immer stärker schrumpfenden Anteil der Bevölkerung erhoben. In den Gemeinden und Bezirken mit ausgeprägt älterer Bevölkerung wird politisch Stimmung für die Schaffung und Bewilligung von Subventionen in Bereichen, die den Senioren zu Gute kommen, gemacht. Dagegen wird kein Bau einer neuen Schule gefordert, wenn es keinen entsprechenden Bedarf gibt. Proteste werden eventuell nur dann geäußert, wenn es um die Absicht der Schließung von Klassen als Folge der niedrigen Geburtenrate geht.

Die Äußerung politischer Ansprüche durch die Wähler, als diejenigen, die rechtlich dazu befugt sind, verändert sich infolge des sich wandelnden Altersauf-

baus. Der unaufhaltsam wachsende Anteil der Sechzig- und Mehrjährigen führt dazu, dass deren Stimme ganz natürlich jenen Kandidaten gilt, die dieser Altersgruppe mehr versprechen. Dieses „mehr“ führt unausweichlich zum Nachteil für andere Optionen. Entscheidet sich der Staat für die Bildung von Rücklagen zur Finanzierung der Renten aus Steuereinnahmen oder abgabeähnlichen Einnahmen, bedeutet das gleichzeitig, dass diese Mittel nicht für andere Zwecke zur Verfügung stehen, wie z.B. für die Familienpolitik oder die Steuerentlastung der Familien. Wenn ein Staat mit einem defizitären Haushalt Rentnern zusätzliche Leistungen bewilligt oder an diesen festhält, haben die künftigen Generationen, die die Schulden des Staates übernehmen müssen, die Zeche für diese Vergünstigungen zu zahlen.

In den Gebietskörperschaften muss durch unvermeidbare Budgetbeschränkungen fortwährend eine Auswahl getroffen werden: sei es durch Bewilligung von Subventionen für Vereine, den Vorrang für den Bau einer Kinderkrippe oder eines Seniorenklubs oder sei es für die bevorzugte Unterstützung eines Sportklubs für Jugendliche oder einer Freizeiteinrichtung für ältere Menschen. Die Entscheidung für eine oder mehrere der hier erwähnten möglichen Maßnahmen hängt immer mehr vom Wählereinfluss der einzelnen Altersgruppen und nicht notwendigerweise von der politischen Richtung der Verantwortlichen ab. Selbst wenn gewählte Lokalpolitiker ideologisch stark gebunden sind, handeln sie in erster Linie pragmatisch und engagieren sich für die Menschen, deren Stimme sie erhalten haben. Das heißt m.a.W., dass die Gesamtheit und die Rangordnung der letztlich politisch zur Geltung kommenden Bedürfnisse der Bevölkerung unausweichlichen Veränderungen aufgrund des sich wandelnden Altersaufbaus unterliegen. Die infolge einer geringen Geburtenrate überalterte Bevölkerung setzt stärker auf Sicherheit als auf Entscheidungsfreudigkeit. Sie wird es zweifelsfrei wichtiger finden, die Anzahl der städtischen Polizisten zu erhöhen, deren physische Präsenz (insbesondere aufgrund ihrer Uniform) und Tätigkeit in der Strafverfolgung für die Wähler sichtbar sind, als die Zahl der Sozialarbeiter zu vermehren; die offensichtlich nicht so auf der Straße ins Auge fallen und deren Präventivarbeit schwer zu bewerten ist.

Gefahren eines Krieges zwischen den Generationen

Die veränderten Relationen zwischen den Generationen führen auch zu Anpassungen des politischen Handelns auf allen Ebenen. Kann der Geburtenschwund soweit führen, dass ein „Krieg zwischen den Generationen“ oder sogar Aufstände der zahlenmäßig geringeren Jugendlichen, die sich durch eine überalterte Gesellschaft erdrückt fühlen, heraufbeschworen werden?

Der Krieg zwischen den Generationen in den Gesellschaften, in denen zahlreiche Dienstleistungen für die Allgemeinheit von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden, findet in der Tat tagtäglich auf wirtschaftlicher und finanzieller Ebene statt. Die Geschichte der Länder mit dauerhaft niedriger Geburtenrate macht die Niederlage der Jugend in der ökonomischen Auseinandersetzung zwischen den Generationen deutlich. Für sie ist weniger Deflation als Inflation bei der

Finanzierung der Leistungen, die den Rentnern gewährt werden (egal ob das System nun auf privater Kapitalbildung oder dem Umlageprinzip beruht), von Vorteil. Aber auch dann können sie nicht damit rechnen, jemals einen Nutzen in gleichwertiger Höhe ziehen zu können. Neue steuerliche Regelungen – beispielsweise der allgemeine Solidaritätsbeitrag in Frankreich (CSG), der nicht die Steuerkraft der Haushalte berücksichtigt – wirken sich oft nachteilig für sie aus. Ebenso verhält es sich mit den gesetzlichen Regelungen, die diejenigen in Beschäftigung gegenüber jenen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, privilegieren. Hierfür steht das Gesetz zur 35-Stunden-Woche in Frankreich als abschreckendes Beispiel. Es wird damit nämlich nicht das Ziel verfolgt, Berufs- und Familienleben miteinander zu vereinbaren. Mit der 35-Stunden-Woche wird primär den Wünschen der älteren Erwerbstätigen, die beruflich weit fortgeschritten sind und die mehr Freizeit wollen, entsprochen. Dagegen werden junge Erwerbstätige, die (vorübergehend) daran interessiert sind, mehr zu arbeiten, um einen Haushalt zu gründen und schneller von Aufstiegsmöglichkeiten zu profitieren, bestraft. Die finanziellen Mittel, die von den Unternehmen zur Finanzierung der 35-Stunden-Arbeitswoche aufgewendet werden, stehen folglich nicht mehr für eine Verbesserung der Vergütung junger Erwerbstätiger zur Verfügung.

In dem alltäglichen ökonomischen Kampf setzen sich die Entscheidungen zugunsten der älteren Generation durch, deren Bedeutung auch politisch am meisten steigt. Die zunehmende Alterung der Bevölkerung führt ganz mechanisch zu einem malthusianischen Charakter von Gesetzen und politischen Entscheidungen mit der möglichen Folge, dass die Jugend zur Abwanderung getrieben wird. Bringen nicht zudem die Demokratien mit anhaltend schwacher Geburtenrate die Gefahr offener Auseinandersetzungen zwischen den Generationen hervor? Dem wäre sicher so, wenn das die einzig mögliche Lösung zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts wäre. Dann kann es irgendwann dazu kommen, dass die zahlenmäßig schwächere Jugend, die sich im eigenen Land als unterprivilegiert fühlt, mit Gewalt aufbegehrt, um die Rechte einzufordern, die jeder Minderheit zustehen? Ist dieses politische Risiko, hervorgerufen durch den Bruch einer Demokratie mit ihrer Jugend, nicht schon in seinen Umrissen erkennbar, wenn man sich die große Anzahl der politisch Nichtengagierten und Nichtwähler unter den Jugendlichen vergegenwärtigt?

Geburtenrate, Geopolitik und Entwicklung

Die negative Geburtenentwicklung hat nicht nur Auswirkungen auf die nationale, sondern auch auf die internationale Politik. Es ist in der Tat so, dass der relative demographische Einfluss der Länder mit sinkender Geburtenrate weiterhin im Vergleich zu den Ländern abnimmt, deren Geburtenziffer zwar auch zurückgeht, jedoch nicht absackt. Wenn die zuerst genannten Länder auch in Zukunft von einem wertvollen Erbe und einer langjährigen Präsenz in der Welt Nutzen ziehen können, so verfügen die Entwicklungsländer, die zumeist ehemalige Kolonien und historisch gesehen junge Staaten sind, nicht über diese Vorteile. Aber die Verände-

rungen der entsprechenden demographischen Gewichte führen dazu, dass sich die geopolitische Situation unweigerlich zugunsten dieser letzteren Staaten verändert⁵.

Das hat notwendigerweise für ein Land mit niedriger Geburtenrate zur Folge, dass dessen Stimme in den internationalen Organisationen weniger Gewicht hat, so wie es Aristide Briand in den 20er Jahren vor der Deputiertenkammer mit folgenden Worten erklärte: „Ich mache Außenpolitik mit unserer Geburtenrate“. Ein anderer Nachteil besteht darin, dass die niedrige Geburtenziffer mit einem geringeren Potential an Jugendlichen einhergeht, die für die Entwicklungshilfe mobilisiert werden könnten.

Generationeneffekte

In eine überalterte Gesellschaft hineingeboren zu werden und in einer Bevölkerung mit deutlich mehr Älteren als Jüngeren zu leben, kann zu Haltungen und Verhaltensweisen führen, die sich von denen in einer relativ jungen Bevölkerung unterscheiden. Eine auf Sicherheit und Bestandswahrung ausgerichtete Umwelt erzeugt beim Menschen nicht die gleichen Reaktionen, als wenn er in einer entscheidungsfreudigen und innovativen Atmosphäre leben würde. Das gilt um so mehr, wenn man sich die Bedeutung des Nachahmungstrieb vergegenwärtigt. Lläuft man nicht in einer von Alten dominierten Gesellschaft Gefahr, sich gegen Neuerungstendenzen zu wehren, die sich dagegen in einer relativ jungen Bevölkerung entwickeln? Das kann schließlich zur Folge haben, dass ganze Altersgruppen resignieren und sich nur in regelmäßig wiederkehrenden Gewaltausbrüchen ausdrücken können.

Die Politik, die die Pflicht hat, für das Gemeinwohl zu sorgen, sollte also ihr Handeln so ausrichten, dass die Werte der Freiheit und Solidarität in einer sich wandelnden Gesellschaft weiter wirksam bleiben.

Landflucht

Wenn die schwache Geburtenrate unmittelbar das Problem der Zukunft des politischen Handelns aufwirft, dann führt sie auch zu Fragen bezüglich der hierdurch hervorgerufenen regionalen Disparitäten. In der modernen Gesellschaft haben sich Urbanisierungsprozesse vollzogen, die zum Verlust des relativen demographischen Einflusses ländlicher Räume und oftmals auch mittlerer Städte geführt haben. Diese relative demographische Verarmung ländlicher Gebiete muss nicht zwangsläufig dramatische Auswirkungen haben, wenn diese Gebiete ein ausgewogenes Gleichgewicht der Alterszusammensetzung aufweisen, durch die der Dynamik des ländlichen Raumes Vitalität verliehen wird. Leider erlebt man in Europa häufig eine regelrechte Landflucht (die noch durch unangemessene politische Maßnahmen verstärkt wird), die aus zwei demographischen Ursachen resultiert.

5 Dumont, Gérard-François: *Les populations du monde*. Paris: Armand Colin, 2001

Einerseits verlassen die Jugendlichen die Gebiete, die häufig durch politische Entscheidungen zur Förderung einiger Räume und zur Konzentration von Infrastrukturanlagen und Standorten öffentlicher Verwaltungen benachteiligt wurden. Die Überalterung der Landbevölkerung hat unmittelbar zur Folge, dass eine Abwanderung mit selektivem Charakter aus den ländlichen Gebieten einsetzt.

Die zweite Ursache der Landflucht hängt mit der geringen Geburtenrate, der selbst zwei Ursachen zugrunde liegen, zusammen. Einerseits ist in den ländlichen wie in den städtischen Gebieten eine Abschwächung der Fertilität zu verzeichnen, die zur Verringerung der Geburtenrate führt. Andererseits wirkt sich dieses Phänomen der schwachen Fertilitätsrate stärker auf die Anzahl der Geburten im ländlichen Raum als im städtischen Raum aus, da der Anteil der Menschen im gebärfähigen Alter geringer ist.

Zudem kann in einigen ländlichen Räumen diese negative Geburtenentwicklung noch durch zwei weitere Faktoren verstärkt werden. So wie sich die Entwicklung des Dienstleistungssektors in erster Linie eher in den Städten als in den ländlichen Gebieten vollzog und oftmals mehr Frauen als Männer eingestellt wurden, kann die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der jungen Erwachsenengeneration in den ländlichen Räumen zu einem Mangel an Frauen führen, mit der Folge, dass der Geburtenschwund sich noch stärker ausprägt. Die oben dargestellten Generationeneffekte scheinen sich zu bestätigen, denn in zweiter Linie zeigt die räumliche Verteilung der Geburten häufig eine niedrigere Fertilität in den am meisten überalterten Gebieten.

Unter dem Einfluß dieser verschiedenen Faktoren werden einige ländliche Gebiete in eine Spirale der Entvölkerung hineingezogen. Die Entwertung des ländlichen Raumes führt somit zur Isolierung ganzer Regionen, die als eine Art von „Dritträumen“ betrachtet und politisch benachteiligt werden, ähnlich dem „Dritten Stand“ in der Zeit des Ancien Régime vor 1789 in Frankreich. Nun kann aber das Potential des ländlichen Raumes ökologisch nur durch die Menschen unterhalten und genutzt werden. Der Reichtum der Länder entstand in den meisten Fällen aus der Vielfalt der Regionen, aus deren umsichtigen Verwaltung das politische Gleichgewicht erwächst, zumal die Regionen einen der seltenen Bezugspunkte in einer immer stärker auf Globalisierung ausgerichteten Welt darstellen.

In dem Maße wie die schwache Geburtenentwicklung weiter zur Landflucht beiträgt, wird der ländliche Raum auf Dauer und unumkehrbar entwertet, obwohl es doch gerade jener Bereich als Bindeglied zwischen den Städten ist, der den geographischen und sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften gewährleistet.

Die geringe Geburtenrate, die die Ungleichheiten in der räumlichen Verteilung der Bevölkerung weiter verstärkt, ist also mit Auswirkungen auf die politische Geographie und unbestreitbaren politischen Folgen verbunden.

Der „Harmonieverlust“

Der Geburtenschwund wirft eine wichtige Frage zur Wertevermittlung auf. Jedes politische System und jede Zivilisation gründet sich auf ein Erbe von Idealwerten,

zu denen jede Generation ihren Beitrag leisten soll, um sich diesen Idealen zu nähern. Auf diese Weise hat sich auch die Identität Europas durch ein über Jahrhunderte entwickeltes Handeln aufgebaut mit dem Ziel, die Achtung und Toleranz, die Freiheit, Kreativität und Gewaltenteilung zu fördern.⁶ Diese Entwicklung verläuft niemals vollkommen kontinuierlich, denn der weitere Fortschritt wird durch Perioden mit rückläufiger Bewegung unterbrochen, die übrigens oftmals den Zeiten mit schwacher Geburtenrate entsprechen, in denen eine Weitergabe der Idealwerte aufgrund der geringen Anzahl von „Empfängern“ unzureichend stattfindet.

Eine Zivilisation kann sich nur entwickeln und vervollkommen, wenn es tatsächlich eine Wertevermittlung zwischen den Generationen durch die Familie, die Schule, das Gemeinwesen, das Vereinswesen usw. gibt. Wenn jeder Mensch einer Generation einer Bibliothek entspricht und alle Menschen dieser Generation den Inhalt ihrer Bibliotheken an die zahlenmäßig geringeren jüngeren Generationen weitergeben, dann kommt es zwangsläufig, selbst bei einigen technischen Fortschritten – wie beispielsweise der digitalen Revolution –, zu einem Verlust. Die Möglichkeit für jeden einzelnen, sich Kenntnisse anzueignen, ist notgedrungen begrenzt. Ebenso ist die Fähigkeit einer zahlenmäßig schwächeren Generation, ein intellektuelles und kulturelles Erbe zu empfangen, notgedrungen geringer als die einer zahlenmäßig stärkeren Generation.

Das Leben verläuft folglich wie ein Staffellauf. Wenn die Anzahl neuer Staffelläufer geringer ist als die derjenigen, die den Lauf gerade beendet haben, dann gehen einige Staffelstäbe verloren. Mit anderen Worten, eine zahlenmäßig schwächere Generation kann von der vorhergehenden Generation nur ein geringeres kulturelles Erbe empfangen. In Ermangelung ausreichender Empfänger läuft die Zivilisation somit Gefahr, auf Grund eines „Harmonieverlustes“ unterzugehen.

In seiner Analyse zum Zusammenbruch von Zivilisationen unterscheidet Toynbee⁷ „vertikale Brüche zwischen räumlich getrennten Gemeinschaften“ und „horizontale Brüche zwischen den räumlich vermischten, aber in sozialer Hinsicht getrennten sozialen Gruppen“. Die vertikalen Brüche erinnern an die Gefahr der schon oben erwähnten „Bildung von Inselgruppen“ und die horizontalen Brüche an die Gefahr des Krieges zwischen den Generationen.

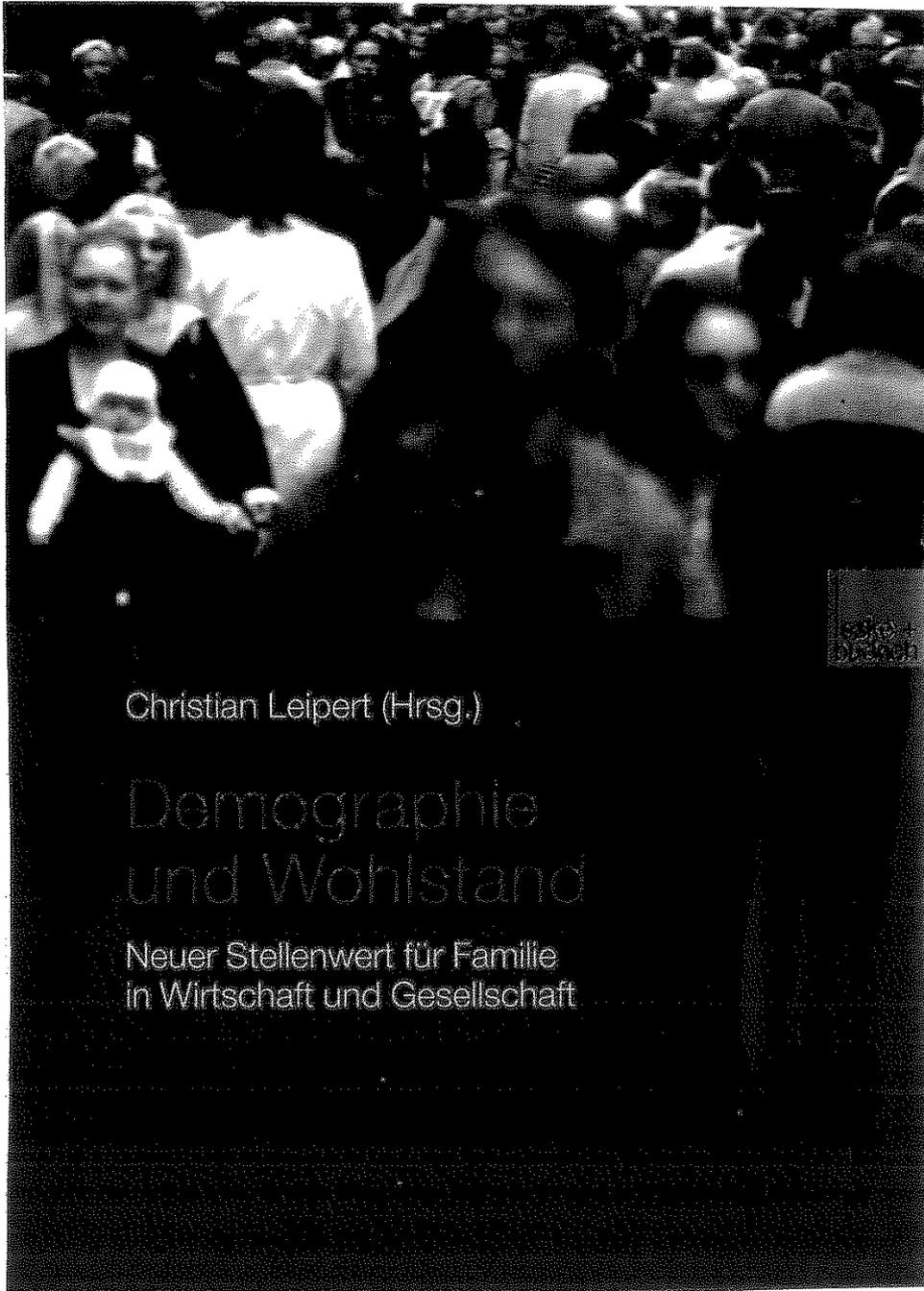
Eine schwache Geburtenentwicklung, die dauerhaft die demographische Realität prägt, ist folglich nicht nur eine statistische Fragestellung an jene, die sich mit Vorliebe auf quantitative Daten stützen. Durch Veränderungen von Eigenschaften der Bevölkerung kann sie in der Tat viele nationale und internationale politische Auswirkungen haben. Außerdem stellt der Geburtenschwund die Frage nach der Zukunft der Zivilisation.

6 Vgl.: Dumont, Gérard-François u.a.: *Les racines de l'identité européenne*. Paris: Economica, 1999

Dumont, Gérard-François/Zurfluh, Anselm: *Die Identität Europas*. Schaffhausen: Novalis, 2001

7 Toynbee, Arnold: *A Study of History: 1972*. Französische Übersetzung: *L'histoire*. Payot, 1996

Da die politischen Risiken einer geburtenschwachen Bevölkerung existieren und jedes Land wohlweislich eine zumeist eher stillschweigende als ausdrücklich klar formulierte Bevölkerungspolitik betreibt, besteht dann nicht die einzige Frage für Frankreich und ganz Europa darin: Haben wir nicht eine Bevölkerungsentwicklung, die der Demokratie zuwiderläuft? Sollten wir folglich nicht eine Bevölkerungspolitik betreiben, die die Dauerhaftigkeit und den Aufschwung der Demokratie sicherstellt?



Christian Leipert (Hrsg.)

Demographie und Wohlstand

Neuer Stellenwert für Familie
in Wirtschaft und Gesellschaft

Leske + Budrich, Opladen 2003

ISBN 3-8100-3738-9